

FTI-PROJEKTE 2023: ANGEWANDTE FORSCHUNG

AUSSCHREIBUNGSUNTERLAGE

DATUM: 18.12.2023

INHALTSVERZEICHNIS

1.	THEMATISCHE AUSRICHTUNG	3
2.	ZIELE	3
3.	ABLAUF	3
4.	VORAUSSETZUNGEN	5
5.	FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN	7
6.	KRITERIEN DER BEGUTACHTUNG	9
7.	PFLICHTEN DER FÖRDERNEHMER*INNEN	10
8.	EINSTELLUNG UND RÜCKFORDERUNG DER FÖRDERUNG	11
9.	DATENSCHUTZ	11
10.	RECHTSGRUNDLAGEN	12

EINLEITUNG

Im Rahmen dieses Calls werden Projekte der industriellen Forschung¹ unterstützt. Nicht gefördert werden Vorhaben der Grundlagenforschung, experimentellen Entwicklung und Durchführbarkeitsstudien. Es werden ausschließlich Kooperationen (wirksame Zusammenarbeiten)² zwischen mindestens einer Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung (Universitäten, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) und mindestens einem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft gefördert. Durch diese Kooperationen werden eine dynamische Entwicklung der beteiligten Forschungseinrichtungen und Unternehmen begünstigt und der Know-how-Aufbau am Standort unterstützt.

Diese Ausschreibungsunterlage basiert auf dem Förderprogramm „**FTI-Projekte: Angewandte Forschung**“ und beinhaltet Details zu thematischer Ausrichtung, Ziele, Ablauf, Voraussetzungen, finanziellen Rahmenbedingungen, Kriterien der Begutachtung, Pflichten der antragstellenden Person, Einstellung und Rückforderung der Förderung, Datenschutz und Rechtsgrundlagen.

Die Einreichung von Projektanträgen ist von 18.12.2023 bis 22.3.2024, 12.00 Uhr möglich.

¹ „Industrielle Forschung“: planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, in beliebigen Bereichen, Technologien, Branchen oder Wirtschaftszweigen (u. a. digitale Branchen und Technologien wie Hochleistungsrechnen, Quantentechnologien, Blockchain-Technologien, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Big Data und Cloud-Technologien), neue oder erheblich verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen einschließlich digitaler Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln. Hierzu zählen auch die Entwicklung von Teilen komplexer Systeme und unter Umständen auch der Bau von Prototypen in einer Laborumgebung oder in einer Umgebung mit simulierten Schnittstellen zu bestehenden Systemen sowie auch von Pilotlinien, wenn dies für die industrielle Forschung und insbesondere die Validierung von technologischen Grundlagen notwendig ist (Art 2 Abs. 85 AGVO).

² „Wirksame Zusammenarbeit“: arbeitsteilige Zusammenarbeit von mindestens zwei unabhängigen Partnern mit Blick auf einen Wissens- oder Technologieaustausch oder auf ein gemeinsames Ziel, wobei die Partner den Gegenstand des Verbundprojekts gemeinsam festlegen, einen Beitrag zu seiner Durchführung leisten und seine Risiken und Ergebnisse teilen. Die Gesamtkosten des Vorhabens können von einem oder mehreren Partnern getragen werden, so dass andere Partner von den finanziellen Risiken des Vorhabens befreit sind. Auftragsforschung und die Erbringung von Forschungsleistungen gelten nicht als Formen der Zusammenarbeit (Art 2 Abs. 90 AGVO).

I. THEMATISCHE AUSRICHTUNG

Förderanträge für Projekte der **industriellen Forschung** können zu allen Handlungsfeldern der FTI-Strategie 2027 des Landes Niederösterreich eingereicht werden:

- i. Gesundheit und Ernährung
- ii. Umwelt, Klima und Ressourcen
- iii. Digitalisierung, intelligente Produktion und Materialien
- iv. Gesellschaft und Kultur

Förderanträge zu Projekten der Grundlagenforschung³, experimentellen Entwicklung⁴ und Durchführbarkeitsstudien⁵ können **NICHT** eingereicht werden. Dies wird im Rahmen der Vor- und der Fachbegutachtung überprüft.

2. ZIELE

Im Rahmen dieser Förderungen werden Projekte der industriellen Forschung unterstützt. Neben der Stärkung der Forschungseinrichtungen (Ausbau der Forschungskompetenz, Erhöhung der Sichtbarkeit und Ausbau von Kooperationen) liegt der inhaltliche Fokus daher explizit auf praxisrelevanten (ökonomischen, ökologischen, technologischen und/oder gesellschaftlichen) Themenstellungen.

3. ABLAUF

i. Einreichung

FTI-Calls sind zeitlich begrenzte thematische Ausschreibungen, in deren Rahmen Förderanträge eingereicht werden können. Die Antragsprache ist Englisch, wobei dies sämtliche Teile des Antrags betrifft.⁶ Die Einreichung ist von **18.12.2023 bis 22.3.2024, 12.00 Uhr** über das Einreichsystem der GFF (calls.einreichsystem.at) möglich.

³ „Grundlagenforschung“: experimentelle oder theoretische Arbeiten, die in erster Linie dem Erwerb neuen Grundlagenwissens ohne erkennbare direkte kommerzielle Anwendungsmöglichkeiten dienen. (Art 2 Abs. 84 AGVO)

⁴ „Experimentelle Entwicklung“: Erwerb, Kombination, Gestaltung und Nutzung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel in beliebigen Bereichen, Technologien, Branchen oder Wirtschaftszweigen (u. a. digitale Branchen und Technologien wie Hochleistungsrechnen, Quantentechnologien, Blockchain-Technologien, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Big Data und Cloud-Technologien), neue oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln. Dazu zählen zum Beispiel auch Tätigkeiten zur Konzeption, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen. (Art 2 Abs. 86 AGVO)

⁵ „Durchführbarkeitsstudie“: Bewertung und Analyse des Potenzials eines Vorhabens mit dem Ziel, die Entscheidungsfindung durch objektive und rationale Darlegung seiner Stärken und Schwächen sowie der mit ihm verbundenen Möglichkeiten und Gefahren zu erleichtern und festzustellen, welche Ressourcen für seine Durchführung erforderlich wären und welche Erfolgsaussichten das Vorhaben hätte. (Art 2 Abs. 87 AGVO)

⁶ Die Antragsprache Englisch gewährleistet die Möglichkeit der Fachbegutachtung durch internationale wissenschaftliche Expert*innen. Eine deutschsprachige Antragstellung kann nur in Ausnahmefällen und ausschließlich für sprach- oder literaturwissenschaftliche Anträge genehmigt werden, sofern überwiegend deutschsprachige Texte bearbeitet werden. Vor der Einreichung des Antrags ist unbedingt mit der Förderstelle Rücksprache zu halten und es ist ein wissenschaftliches Abstract zum Projekt inkl. einer wissenschaftlichen Begründung vorzulegen. Dies bildet die Grundlage für die Entscheidung durch die Förderstelle.

ii. Ex-ante Evaluierung

- *Evaluierungsverfahren und Projektauswahl*
 - Alle fristgerecht eingereichten Anträge werden zunächst von der GFF auf die Erfüllung der Formalkriterien hin überprüft. Die GFF stellt eine Jury aus zumindest drei unabhängigen externen Expert*innen zusammen (siehe „Leitfaden für die Begutachtung“).
 - Die Fachbegutachtung erfolgt durch die Jurymitglieder und durch von der GFF zusätzlich ausgewählte unabhängige externe Expert*innen auf Basis der definierten Begutungskriterien (siehe Punkt 6).
 - Für jeden Projektantrag werden mindestens zwei Fachgutachten erstellt, aus denen sich ein Ranking der Anträge auf Basis der vergebenen Punkte ergibt (siehe Kapitel 6).
 - In einer abschließenden Jurysitzung erfolgt die finale Auswahl der geförderten Anträge auf Basis der Fachgutachten und der Einschätzungen der Jury-Mitglieder.
- *Beschluss der Förderungen*

Der Aufsichtsrat der GFF bestätigt die Auswahl der geförderten Anträge und beschließt die Förderungen auf Basis der Juryempfehlung.
- *Fördervertrag*

Der Abschluss des Fördervertrages erfolgt zwischen GFF und Fördernehmer*in auf Basis der für diesen Call geltenden Rechtsgrundlagen.

iii. Förderzeitraum

- *Projektstart*

Der Projektstart hat innerhalb von 6 Monaten nach Unterzeichnung des Fördervertrags zu erfolgen. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist nach Rücksprache mit der GFF und mittels Einbringung eines schriftlichen (formlosen) Antrags verlängert werden.
- *Berichtswesen*

Die jährlichen Berichte werden von den Fördernehmer*innen im Einreichsystem der GFF (calls.einreichsystem.at) erstellt und eingereicht.
- *Förderraten*

Die Auszahlung der Förderraten erfolgt jährlich im Vorhinein, wobei 10% der Gesamtfördersumme nach Prüfung des Abschlussberichts ausbezahlt werden.
- *Abschluss*

Der formale Abschluss der Förderung erfolgt mittels Einreichung des Abschlussberichts durch die Fördernehmer*innen im Einreichsystem der GFF (calls.einreichsystem.at).

iv. Interim- und Ex-post-Evaluierung

Im Rahmen von angekündigten Interim- und / oder Ex-post- Evaluierungen (Audit) erfolgt die Prüfung hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung der Fördermittel durch die Förderstelle oder von ihr beauftragter Dritter.

4. VORAUSSETZUNGEN

i. Antragsberechtigung

- **Antragsberechtigt** sind **Kooperationen** zwischen mindestens einer Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung⁷ (Universitäten, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen⁸) und mindestens einem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, jeweils mit Standort in Niederösterreich.
- **Projektträger*in** ist die Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung (Hochschulen, Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen).
- Für Standorte außerhalb von Niederösterreich können keine Fördermittel beantragt werden und sie können nicht Teil des Projektkonsortiums sein.
- Über **Drittdienstleistungen** (siehe 5.iv) können erforderliche Leistungen von Einrichtungen außerhalb Niederösterreichs für das Projekt bezogen werden.
- **Nicht förderbare Einrichtungen und Unternehmen**
 - Kreditinstitute
 - Versicherungsunternehmen
 - Jene, an denen der Bund oder das Land Niederösterreich (ausgenommen Kliniken im Forschungsbereich) mit mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist
 - Jene in Schwierigkeiten gemäß Art 1 Abs. 4 lit c) AGVO i.V.m. Art 2 Abs. 18 AGVO.
 - Einrichtungen und Unternehmen in den Bereichen Fischerei und Aquakultur, in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind nur im Rahmen der Einschränkungen des Art 1 Abs 3 lit a bis c AGVO förderbar.

⁷ „Einrichtung für Forschung und Wissensverbreitung“: Einrichtungen wie Hochschulen oder Forschungsinstitute, Technologietransfer-Einrichtungen, Innovationsmittler, forschungsorientierte physische oder virtuelle Kooperationseinrichtungen, unabhängig von ihrer Rechtsform (öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich) oder Finanzierungsweise, deren Hauptaufgabe darin besteht, unabhängige Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung zu betreiben oder die Ergebnisse solcher Tätigkeiten durch Lehre, Veröffentlichung oder Wissenstransfer zu verbreiten. Übt eine solche Einrichtung auch wirtschaftliche Tätigkeiten aus, muss sie über deren Finanzierung, Kosten und Erlöse getrennt Buch führen. Unternehmen, die beispielsweise als Anteilseigner oder Mitglied bestimmenden Einfluss auf eine solche Einrichtung ausüben können, darf kein bevorzugter Zugang zu den von ihr erzielten Forschungsergebnissen gewährt werden (Art 2 Abs 83 AGVO).

⁸ Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind – unabhängig von ihrer Rechtsform oder Finanzierungsweise – Einrichtungen, deren Hauptaufgabe darin besteht, unabhängige Forschung zu betreiben. Übt eine solche Einrichtung auch wirtschaftliche Tätigkeiten aus, ist eine getrennte Buchführung (zu Finanzierung, Kosten und Erlösen) erforderlich.

Ein Förderantrag ist nicht zulässig, wenn bereits ein Kooperationspartner im Sinne des Punktes nicht förderbar ist.

ii. Kooperationen

- Eine Kooperation ist die wirksame Zusammenarbeit⁹ von mindestens zwei voneinander unabhängigen Partnern im Sinne des Punktes 4(i) dieser Ausschreibungsunterlage.
- Die Kooperationspartner*innen setzen das Vorhaben am Standort Niederösterreich um.
- Jede am Vorhaben beteiligte Einrichtung muss mindestens 10% der förderbaren Kosten tragen.
- Die beteiligten Einrichtungen müssen das Recht haben, eigene Forschungsergebnisse zu veröffentlichen.

iii. Mittelverwendung in Niederösterreich

Da es sich um Fördermittel des Landes Niederösterreich handelt, können Fördermittel nur für Standorte in Niederösterreich bezogen und verwendet werden (ausgenommen Drittdienstleister, siehe 5.iv).

iv. Zusammenstellung des Projektteams

Chancengleichheit zwischen Wissenschaftler*innen bei der Mitwirkung an Forschungsprojekten ist eine wesentliche Voraussetzung für eine positive Begutachtung des Antrags. Diese Chancengleichheit soll sich nach Möglichkeit in einer ausgewogenen Geschlechterverteilung innerhalb der Projektteams widerspiegeln. Im Projektantrag ist außerdem darzustellen, welche Maßnahmen von den beteiligten Einrichtungen bislang ergriffen wurden bzw. geplant sind, um diese Chancengleichheit in ihrer Organisation zu gewährleisten.

v. Sonstiges

- Ein vollständig ausgefüllter und vom antragstellenden Konsortium unterschriebener Projektantrag ist Grundvoraussetzung für die Berücksichtigung des Antrags im Evaluierungsverfahren.
- Sollte für das Projekt ein positives Ethikvotum erforderlich sein, ist dies im Antrag entsprechend darzustellen. Das Ethikvotum muss im Fall einer Förderung bis zum Projektstart eingereicht werden. In begründeten Ausnahmefällen ist eine spätere Nachreichung möglich.
- Unterstützungserklärungen (LOIs) können im Rahmen des Projektantrags miteingereicht werden.

Die Nichterfüllung einer oder mehrerer dieser Voraussetzungen kann zu einem Ausschluss des Projektantrags im Zuge der Formalprüfung und somit noch vor der Fachbegutachtung führen.

⁹ siehe Definition in Fußnote 2 und Art 2 Abs 90 AGVO.

5. FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN

i. Art der Förderung

Die Förderung ist ein Zuschuss. Es muss sich um ein Vorhaben handeln, dessen geförderter Teil vollständig der **industriellen Forschung** zugeordnet werden kann. Die Förderquote ist (entsprechend der Definition der Europäischen Kommission) von der Mitarbeiter*innen-Anzahl und dem Jahresumsatz und/oder der Jahresbilanz¹⁰ der Kooperationspartner*innen abhängig und beträgt:

- bis zu **80%** der förderbaren Kosten bei einer Beteiligung von kleinen Unternehmen. Als **kleines Unternehmen** (KU) wird ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz beziehungsweise Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
- bis zu **75%** der förderbaren Kosten bei einer Beteiligung von mittleren Unternehmen. Als **mittleres Unternehmen** (MU) wird ein Unternehmen definiert, das zwischen 50 und 249 Personen beschäftigt und entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielt oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR.
- bis zu **65%** der förderbaren Kosten bei einer Beteiligung von Großunternehmen. Als **großes Unternehmen** (GU) wird ein Unternehmen definiert, das 250 Personen und mehr beschäftigt und dessen Jahresumsatz mehr als 50 Mio. EUR oder dessen Jahresbilanzsumme mehr als 43 Mio. EUR beträgt.

ii. Laufzeit

Die Laufzeit der geförderten Projekte beträgt mindestens zwei Jahre und maximal drei Jahre. Kostenneutrale Projektverlängerungen sind in begründeten Ausnahmefällen möglich. Eine Verlängerung der Projektlaufzeit ist mit der GFF abzusprechen und anschließend schriftlich zu beantragen.

iii. Höhe der Förderung

Die maximale Förderhöhe beträgt abhängig von der Laufzeit bis zu € 360.000,-

Abstufung

- 2 Jahre Projektlaufzeit: bis zu € 240.000,-
- 2,5 Jahre Projektlaufzeit: bis zu € 300.000,-
- 3 Jahre Projektlaufzeit: bis zu € 360.000,-

iv. Förderbare Kosten

Im Sinne der Grundsätze von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit sind Ausgaben nur soweit förderbar, als sie in ihrer Art und Höhe zur Erreichung des Förderungszweckes notwendig und angemessen sind. Nicht angemessene Kalkulationen können trotz inhaltlicher Exzellenz des Projektantrages ein Ablehnungsgrund sein.

¹⁰ Siehe [Anhang I der AGVO](#).

Kosten der folgenden Kategorien sind **förderbar**:

- **Personalkosten für wissenschaftliches / technisches Personal¹¹:**
 - Die Kalkulation der förderbaren Personalkosten erfolgt auf Basis der geplanten bzw. tatsächlichen Bruttopersonalkosten zzgl. einer Lohnnebenkostenpauschale (LNK) in der Höhe von 30%. Die max. förderbaren Personalkosten pro Person sind mit der jährlich vom zuständigen Bundesministerium festgelegten Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt.

Bsp.: Höchstbeitragsgrundlage 2023 = € 5.850 / Monat; max. förderbare Personalkosten pro Person = €5.850 x 14 = € 81.900,- (exkl. LNK)
- Kosten für **F&E-spezifische Instrumente und Ausrüstungen**, welche zur Umsetzung des Vorhabens angeschafft werden müssen, sind anteilig entsprechend der Verwendung im Vorhaben über die **Abschreibung für Abnutzung (AfA)** förderbar.
- **Drittdienstleistungen** unter Einhaltung des Arm's-length-Prinzips.
 - max. 25% der gesamten förderbaren Kosten
 - Drittdienstleister*innen können abgrenzbare und vorab festgelegte Leistungen erbringen; sie können jedoch keine zentralen Tätigkeiten im Projekt (wie etwa die Leitung eines Arbeitspakets o. Ä.) übernehmen.
 - Drittdienstleister*innen können keine Verwertungsrechte (IPR) am Projektergebnis geltend machen.
 - Projektträger*innen, Kooperationspartner*innen und deren verbundene Einrichtungen können keine Drittdienstleistungen im Projekt erbringen.
- Vorhabensrelevante direkte **Sachkosten**:
 - Versuchs- und Verbrauchsmaterial
 - Kosten für Publikationen im Zusammenhang mit dem Projekt
 - Veranstaltungskosten und Teilnahmegebühren
 - Reisekosten
 - Branchenübliche Honorare für Studienteilnehmer*innen
- **Gemeinkosten** (Overheads) sind ausschließlich als Pauschale von 20% auf die förderbaren direkten Personalkosten, Kosten für F&E-spezifische Instrumente und Ausrüstungen und Drittdienstleistungen förderbar. Das sind z.B.:
 - Miet- und Betriebskosten
 - Büromaterial
 - Verwaltungspersonalkosten

Kosten der folgenden Kategorien sind **nicht förderbar**:

- Kosten außerhalb der Projektlaufzeit
- Rechnungen, die nicht auf die Förderungsnehmer*innen lauten
- Zahlungen, die nicht von Förderungsnehmer*innen geleistet wurden
- Skonti und Rabatte
- Umsatzsteuer (Förderungsnehmer*innen vorsteuerabzugsberechtigt)

¹¹ Als Projektpartner*innen und -mitarbeiter*innen können nur Personen in das Projekt integriert werden, die auch tatsächlich eine quantifizierbare Arbeitsleistung einbringen und für die Personalkosten beantragt werden.

- (Teil-)Beträge aus Zahlungen, für die nachträgliche Gutschriften gewährt bzw. rückverrechnet wurden
- Kosten für den Erwerb von Grundstücken
- Finanzierungskosten
- Barzahlungen über € 5.000,00
- Leistungen verbundener Einrichtungen

v. **Kostenabrechnung**

Die widmungsgemäße Verwendung der Förderung muss im Rahmen des Berichtswesens und bei Finanzaudits (Finanzkontrollen) nachgewiesen werden. Im Rahmen des Berichtswesens erfolgt dieser Nachweis durch die Bereitstellung von strukturierten Kostenstellenauszügen oder Beleglisten. Im Rahmen des Finanzaudits wird auf Basis dieser Kostenstellenauszüge oder Beleglisten geprüft.

6. KRITERIEN DER BEGUTACHTUNG

i. **Formale Begutachtung**

- i. Vollständigkeit des Antrags
- ii. Erfüllung der Voraussetzungen unter Punkt 4
- iii. Erfüllung der finanziellen Rahmenbedingungen unter Punkt 5

ii. **Vorbegutachtung**

Erfüllung der Voraussetzung „Industrielle Forschung“ (lt. AGVO)

iii. **Fachbegutachtung**

Die Bewertung erfolgt anhand eines Punktesystems durch externe unabhängige Fachgutachter*innen (siehe 3.ii). Die Begutachtung erfolgt anhand von drei Hauptkriterien (K1-3), die sich jeweils in mehrere untergeordnete Subkriterien gliedern.

Die maximale Punktezahl einer Begutachtung beträgt 15 Punkte. Die tatsächliche Punktezahl setzt sich aus den Punkten, die für jedes der drei Hauptkriterium vergeben werden, zusammen. Pro Hauptkriterium beträgt die maximale Punktezahl 5 Punkte (3 * max. 5 Punkte = max. 15 Punkte). Die tatsächliche Punktezahl pro Hauptkriterium wird wiederum aus den Punkten der entsprechenden Subkriterien ermittelt, für die ebenfalls jeweils maximal 5 Punkte vergeben werden können. Aus dem arithmetischen Mittel der Subkriterien werden die Punkte für die Hauptkriterien berechnet, woraus sich wiederum die maximale Punktezahl ergibt.

Zur Begutachtung dienen folgende Haupt- und Subkriterien:

- **Exzellenz [K1]**
 - Originalität und Innovation
 - Zielsetzung und Stringenz
 - Qualität und Effektivität der Methode
 - Relevanz und internationale Anschlussfähigkeit
- **Umsetzung [K2]**
 - Qualität und Effizienz des Arbeitsprogramms
 - Durchführbarkeit des Projekts
 - Finanz- und Ressourcenplanung

- Institutionelle Rahmenbedingungen und strategische Einbettung
- Personelle Zusammensetzung und Qualifikation
- **Wirkung [K3]**
 - Wirkung auf die Wissenschaft
 - Wirkung auf den Forschungsstandort
 - Ökonomische Wirkung
 - Gesellschaftliche / ökologische / technologische Wirkung

In einer abschließenden Jurysitzung erfolgt die finale Auswahl der geförderten Anträge auf Basis der Fachgutachten und der Einschätzungen der Jury-Mitglieder.

7. PFLICHTEN DER FÖRDERNEHMER*INNEN

Die Fördernehmer*innen sind zur Beachtung folgender Punkte verpflichtet:

- i. Wirtschaftliche, sparsame, zweckmäßige und transparente Mittelverwendung.
- ii. Führung gesonderter und umfassender Aufzeichnungen zum Nachweis der Durchführung des geförderten Projekts sowie Aufbewahrung der Aufzeichnungen und Belege während und mindestens weitere 10 Jahre nach Ende des Projekts, sofern es keine darüberhinausgehenden gesetzlichen Bestimmungen gibt.
- iii. Führung eines adäquaten Rechnungswesens (sofern erforderlich: Trennungsrechnung).
- iv. Einreichung entsprechender Zwischen- und Endberichte an die Förderstelle, gemäß des von ihr vorgelegten Zeitplans und der Struktur für das Berichtswesen.
- v. Die Fördernehmer*innen verpflichten sich, (i) der Förderstelle, (ii) dem Rechnungshof des Landes Niederösterreich, (iii) dem Rechnungshof der Republik Österreich, (iv) dem Europäischen Rechnungshof, (v) anderen Kontrollorganen des Landes Niederösterreich, (vi) der Republik Österreich und (vii) den Organen der EU bzw. EU-Fonds (viii) Kooperationspartnern – bzw. den jeweiligen Organen und Beauftragten der Genannten – jederzeit Auskünfte (einschließlich vollständiger Nachweise) hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu Evaluierungs- und Kontrollzwecken sowie für statistische Auswertungen zu erteilen und diesen jederzeit über deren Aufforderung Informationen für allgemeine Berichte zur Verfügung zu stellen.
- vi. Rechtzeitige Meldung aller wichtigen, für die Durchführung des geförderten Projekts relevanten Ereignisse.
- vii. Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeitsarbeit der Förderstelle.
- viii. Herstellung der Sichtbarkeit der Förderstelle und des Landes Niederösterreich als Fördergeberin bei Webauftritten, Publikationen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit der geförderten Tätigkeit (zur Verwendung der Logos und der standardisierten Förderinformation: siehe Projektvertrag).
- ix. Beachtung der [Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte](#), der [Nachhaltigkeitsziele \(SDG\) der Vereinten Nationen \(UNO\)](#) und der weiteren strategischen Einbettung der [FTI-Strategie Niederösterreich 2021 – 2027](#).

8. EINSTELLUNG UND RÜCKFORDERUNG DER FÖRDERUNG

Hinsichtlich Einstellung und Rückforderung der Förderung gelten die Bestimmungen der Rz 70ff in Teil B der [Allgemeinen Richtlinie für NÖ Förderungen im Bereich Wirtschaft, Tourismus und Technologie](#).

9. DATENSCHUTZ

i. Verantwortlicher nach der DSGVO

Die Gesellschaft für Forschungsförderung Niederösterreich M.B.H., A-3100 St. Pölten, Hypogasse 1, 1. OG, T: +43 2742 27570-0, E: office@gff-noe.at (GFF) ist für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit Ihrem Förderantrag Verantwortliche nach Art 7 Z7 DSGVO.

ii. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Zur Abwicklung und Erfüllung der Förderungsantrags verarbeitet die GFF folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

- Namen und berufliche Kontaktdaten der Kontaktperson der Einrichtungen der Förderungswerber*innen; Namen, berufliche Kontaktdaten und CVs der wissenschaftlichen Leitung und der Projektpartner*innen; Namen und Kontaktdaten des sonstigen wissenschaftlichen bzw. technischen Personals.

Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung ist die Vertragserfüllung nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO, damit die GFF Ihren Förderungsantrag bearbeiten und erfüllen kann.

iii. Speicherdauer

Die GFF speichert Ihre personenbezogenen Daten bis zur vollständigen Abwicklung Ihrer Förderantrags (von der Einreichung bis zur Beendigung des Förderungsvertrages inkl. allfälliger notwendiger Datenweitergabe an das Land Niederösterreich, externe Fachgutachter*innen, und Prüfer*innen, soweit dies zur Erfüllung des Förderantrags erforderlich ist).

Darüber hinaus speichert die GFF Ihre personenbezogenen Daten nur, soweit dies zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder zur Verfolgung oder Abwehr von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

iv. Datenempfänger

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen an nachstehende Dritte, sofern dies zur Erfüllung Ihres Förderantrags erforderlich ist:

- Land Niederösterreich
- Externe Fachgutachter*innen
- Externe Prüfer*innen

Darüber hinaus verwenden wir Auftragsverarbeiter, die Daten in unserem Auftrag verarbeiten. Die Auftragsverarbeiter dürfen die ihnen überlassenen Daten lediglich gemäß unseren Weisungen und zur Durchführung von Dienstleistungen für uns verarbeiten. Wir verpflichten diese Auftragsverarbeiter vertraglich dazu, die Vertraulichkeit und die Sicherheit der im Rahmen des Auftrags verarbeiteten personenbezogenen Daten zu gewährleisten.

v. Ihre Rechte nach der DSGVO

Sie haben gegenüber GFF als Verantwortlicher nach der DSGVO folgende Rechte: (i) Auskunft (Art. 15 DSGVO); (ii) Berichtigung (Art. 16 DSGVO); (iii) Löschung (Art. 17 DSGVO); (iv) Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO); (v) Widerspruch (Art. 21 DSGVO); (vi) Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO); (vii) Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO), wobei in Österreich die Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) zuständig ist.

10. RECHTSGRUNDLAGEN

- [Allgemeine Richtlinie für NÖ Förderungen im Bereich Wirtschaft, Tourismus und Technologie](#) (in der gültigen Fassung)
- [Förderprogramm FTI-Projekte: Angewandte Forschung](#) (in der gültigen Fassung)
- [Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union \(2012/C 326/01\)](#)
- Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der Europäischen Kommission: VERORDNUNG (EU) Nr. 651/2014 DER KOMMISSION vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, i.d.g.F. (zuletzt geändert mit Verordnung (EU) 2023/1315 vom 23.06.2023), siehe insb. Art. 25 AGVO
- Fördervereinbarung zwischen dem Land NÖ und der GFF vom 22.12.2020 hinsichtlich Förderungen im Bereich der FTI-Strategie des Landes (Calls)

Aus den Rechtsgrundlagen und der Ausschreibungsunterlage ergibt sich kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung.

Gerichtsstand in allen aus der Gewährung einer Förderung entstehenden Streitigkeiten ist das Landesgericht St. Pölten.

Diese Ausschreibungsunterlage tritt am 18.12.2023 in Kraft und gilt für Förderanträge im Call „FTI-Projekte 2023: Angewandte Forschung“. Änderungen und etwaige aktualisierte Fassungen werden im Einreichsystem der GFF (calls.einreichsystem.at) veröffentlicht.